V-40 Demokratie lebt von Vielfalt: Schutz und Förderung unserer nationalen Minderheiten und Volksgruppen

Antragsteller*in: Leon Bossen (KV Flensburg)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- Unsere nationalen Minderheiten und Volksgruppen sind ein lebendiger Teil unserer
- Geschichte und unserer Gegenwart. Sie verkörpern die Vielfalt, die unser Land
- prägt: kulturell, sprachlich und gesellschaftlich. Dän*innen, Fries*innen,
- Sorb*innen sowie die deutschen Sinti und Roma gehören selbstverständlich zu
- 5 Deutschland. Ihr Beitrag zu Kultur, Demokratie und gesellschaftlichem
- 2 Zusammenhalt ist unverzichtbar ihre Rechte und ihr Schutz sind Verpflichtung
- und Verantwortung des demokratischen Rechtsstaates.
- 8 Doch in Zeiten zunehmender Polarisierung, eines wachsenden Populismus und
- aggressiven Nationalismus geraten Minderheitenrechte unter Druck. Der Umgang mit
- Minderheiten ist ein Gradmesser für die Reife einer Demokratie. Für uns ist
- klar: Minderheitenpolitik ist Friedenspolitik. Demokratie beweist sich daran,
- wie sie mit ihren Minderheiten umgeht nicht nur in Worten, sondern im Recht,
- in Institutionen und im gesellschaftlichen Alltag.
- 14 Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bekennen wir uns ausdrücklich zu den nationalen
- 15 Minderheiten und Volksgruppen in Deutschland. Wir unterstützen entschieden die
- 16 Initiative der Länder Schleswig-Holstein, Brandenburg und Sachsen, den Schutz
- dieser Minderheiten explizit im Grundgesetz zu verankern. Der Bundesrat hat
- diesem Vorschlag bereits zugestimmt nun ist es an Bundestag und
- 19 Bundesregierung, diese notwendige Verfassungsänderung umzusetzen. Damit wird
- unmissverständlich klar: Minderheitenrechte sind Grundrechte. Ihre Sicherung
- darf nicht von Mehrheitsentscheidungen oder tagespolitischen Strömungen
- abhängen. Als Bündnisgrüne unterstützen wir die Verankerung der nationalen
- 23 Minderheiten im Grundgesetz ausdrücklich.
- Auch im einfachen Recht besteht Handlungsbedarf. § 184 des
- 25 Gerichtsverfassungsgesetzes legt fest, dass die Gerichtssprache deutsch ist –
- eine Ausnahme gilt bisher nur für das Ober- und Niedersorbische in den
- 27 jeweiligen Siedlungsgebieten des sorbischen Volkes und in bestimmten Fällen auch
- die englische Sprache. Wir fordern, dass künftig alle nach der Europäischen
- 29 Charta der Minderheiten- oder Regionalsprachen in Deutschlandanerkannten
- 30 Minderheitensprachen also auch Dänisch, Friesisch und Romanes als zulässige
- 31 Sprachen in Gerichtsverfahren anerkannt werden. Sprache ist Ausdruck von
- 32 Identität und Teilhabe. Wer seine Muttersprache spricht, darf dadurch keine
- Nachteile im Rechtsstaat erfahren.
- 34 Auf europäischer Ebene unterstützen wir die Minority SafePack Initiative (MSPI)
- nachdrücklich. Auch wenn die Europäische Kommission deren Umsetzung verweigert
- hat und der Europäische Gerichtshof diese Entscheidung 2025 bestätigte, bleibt
- ihr politischer Kern hochaktuell: Europa braucht verbindliche Regelungen, um
- 38 kulturelle und sprachliche Vielfalt sowie europaweit die Rechte von Angehörigen
- nationaler Minderheiten zu sichern. Wir werden uns im Europäischen Parlament und
- 40 in der Bundesregierung weiter für die Umsetzung der SafePack-Forderungen

- einsetzen von der Förderung kleiner Sprachgemeinschaften über
- 42 Minderheitenmedien bis hin zu EU-Fonds für sprachliche Vielfalt.
- 43 Minderheitenschutz darf sich nicht auf Bekenntnisse beschränken. Er braucht
- 44 Strukturen, verlässliche Mittel und Bildung. Wir fordern ein langfristiges
- 45 Bundesförderprogramm für nationale Minderheiten, das Kultur, Sprache, Bildung
- und Medien dauerhaft stärkt. Die bisherige Projektförderung ist wertvoll, reicht
- aber nicht aus, um Schulen, Sprachinitiativen oder Medien dauerhaft zu sichern.
- Schleswig-Holstein zeigt, wie es geht: planbare Förderlinien, institutionelle
- 9 Stabilität, Verankerung in der Landesverfassung. Dieses Modell muss bundesweit
- 50 Schule machen. Keine Zitterpartien mehr bei der nächsten Haushaltsverhandlung,
- sondern konkrete und konsequente finanzielle Förderung.
- 52 Gleichzeitig braucht es eine konsequente Verankerung von Minderheitenthemen in
- der Bildung. Wissen über Dän*innen, Friesen, Sorb*innen, Sinti und Roma gehört
- in Lehrpläne und Schulbücher ebenso in politische Bildung und
- 55 Lehrer*innenausbildung. Nur wer die Vielfalt kennt, kann sie schützen. Wir
- setzen uns sowohl auf Bundes- als auch auf den Länderebenen für eine Umsetzung
- der KMK-Empfehlung zur Wissensvermittlung über die nationalen Minderheiten aus
- Dezember 2024 und die KMK-Empfehlung zum Umgang mit Antiziganismus aus 2025 ein.
- 59 Ein besonderes Augenmerk muss auf der Bekämpfung von Antiziganismus liegen.
- 60 Antiziganismus ist eine der ältesten und tiefsten Formen des Rassismus in
- 61 Europa. Noch immer sind viele Sinti und Roma Diskriminierung, Ausgrenzung und
- struktureller Benachteiligung ausgesetzt. Die Bundesregierung hat mit dem
- Nationalen Aktionsplan gegen Antiziganismus 2022–2030 wichtige Grundlagen
- 64 geschaffen nun gilt es, diese konseguent umzusetzen: mit verlässlicher
- 65 Förderung der Selbstorganisationen, kommunalen Teilhabeprogrammen, Bildungs- und
- 66 Sensibilisierungsoffensiven, verbindlicher Antiziganismus-Fortbildung für
- Behörden und wirksamer Strafverfolgung antiziganistischer Taten. Die Melde- und
- 68 Informationsstelle Antiziganismus MIA muss verlässlich weiter gefördert werden,
- 69 damit ein Monitoring antiziganistischer Vorfälle überhaupt geschieht.
- 70 Auch Sorbenfeindlichkeit ist aufgrund des immer stärker werdenden
- Rechtsextremismus Realität: von Anfeindungen gegen sorbische Jugendliche und
- Jugendclubs über das Unverständnis über zweisprachige Beschilderung bis zur
- 33 strukturellen Unsichtbarkeit sorbischer Sprache und Kultur. Der Schutz und die
- Förderung der Sorben besonders des gefährdeten Niedersorbischen müssen in
- 75 Brandenburg und Sachsen gestärkt werden. Dazu gehören mehrsprachige
- 76 Verwaltungsangebote, die Fortführung gezielter Sprachförderprogramme, die
- 77 Ausbildung sorbischsprachiger Lehrkräfte und eine aktive Kulturpolitik, die
- 78 Sichtbarkeit schafft.
- 79 Deutschland ist durch das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten
- und die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen verpflichtet,
- 81 Minderheitenrechte zu wahren und zu fördern. Diese Verpflichtungen müssen auch
- innenpolitisch mit Leben gefüllt werden: mit verbindlichen Zielen, klaren
- 83 Zuständigkeiten und regelmäßiger Berichterstattung. Minderheitenpolitik ist
- 84 Querschnittsaufgabe sie betrifft Bildung, Kultur, Innenpolitik, Europa- und
- 85 Sozialpolitik gleichermaßen.
- 86 Auch innerhalb unserer Partei wollen wir Minderheitenpolitik strukturell
- stärken. Wir fordern den Bundesvorstand auf, ein offenes Bundesgremium für
- 88 Minderheitenpolitik einzurichten beispielsweise in Form einer

- 89 Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) oder einer entsprechenden Arbeitsstruktur –, in
- der engagierte Basismitglieder, Abgeordnete sowie Vertreter*innen der
- anerkannten Minderheitenorganisationen und Initiativen zusammenkommen können.
- Dieses Gremium soll ein Ort des Austauschs, der Vernetzung und der gemeinsamen
- 93 politischen Positionsentwicklung sein. Es kann den Bundesvorstand, die
- Fraktionen und Landesverbände fachlich beraten, programmatische Impulse geben
- und dazu beitragen, dass bündnisgrüne Minderheitenpolitik auf allen Ebenen von
- der Kommune über die Länder bis zur Bundes- und Europapolitik sichtbar,
- yerlässlich und wirksam verankert ist.
- Unsere nationalen Minderheiten und Volksgruppen sind Brückenbauer*innen
- 99 undFriedensstifter*innen in einer vielfältigen Gesellschaft. Sie zeigen, dass
- Zugehörigkeit kein Gegensatz zu Unterschiedlichkeit ist. Ihnen Respekt, Schutz
- und gleiche Chancen zu geben, ist keine Frage der Großzügigkeit es ist eine
- 102 Frage von Gerechtigkeit, Demokratie und europäischem Geist.
- Ein demokratisches Deutschland steht fest an der Seite seiner Minderheiten im
- 104 Grundgesetz, in der Politik, im Alltag.

Begründung

Co-Autorin ist Carolin Renner (KV Görlitz).

weitere Antragsteller*innen

Carolin Astrid Renner (KV Görlitz); Lukas Mosler (KV Bautzen); Maik Hieronymus (KV Meißen); Karin Kayser (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Franziska Schubert (KV Görlitz); Tobias Lentz (KV Flensburg); Stella Marie Viebrock (KV Flensburg); Ellen Kittel (KV Flensburg); Christian Lange (KV Flensburg); Maria Untch (KV Bautzen); Karsten Bahnsen (KV Flensburg); Alexandra Königshausen (KV Flensburg); Annabell Louisa Pescher (KV Flensburg); Monique Hänel (KV Görlitz); Carsten Nielsen (KV Flensburg); Ronja Zierold (KV Mittelsachsen); Sebastian Zintel (KV Nordsachsen); Sandra Bossen (KV Flensburg); Matthias Gottschalk (KV Sächsische Schweiz - Osterzgebirge); sowie 35 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.